

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Michael Müller MdB verurteilt die Kürzung der Umweltschutzinvestitionen in den neuen Bundesländern: Eine ökonomische Fehlleistung ersten Ranges.

Seite 1

Dokumentation

Der SPD-Parteitag in Wiesbaden hat in einer Resolution zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgerufen: Sich einmischen, nicht wegschauen.

48. Jahrgang / 221

19. November 1993

Eine ökonomische Fehlleistung ersten Ranges Bonn läßt die Umweltschutzinvestitionen in den neuen Bundesländern wegbrechen

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung verspielt die wichtigste Strukturreform für die Zukunft unseres Landes - sie verspielt die ökologische Erneuerung unserer Volkswirtschaft. Trotz aller Lippenbekenntnisse zur Bedeutung des Umweltschutzes für die Standortsicherung läßt die Bundesregierung die Umweltschutzinvestitionen in den neuen Ländern wegbrechen. Wichtige Förderprogramme, mit denen Umweltschutzinvestitionen noch 1992 in Höhe von zehn Milliarden DM in Gang gesetzt werden konnten, brachen zur Jahreswende 1992/93 ersatzlos weg. Diese Nachfrageausfälle traten dann ausgerechnet zu einem Zeitpunkt der beginnenden Wirtschaftslaute ein. Die Kürzungen bei den Fördermitteln für Umweltschutzinvestitionen in den neuen Ländern halten bis heute an und werden sich nach den bisherigen Planungen 1994 noch einmal verstärken. Eine ökonomische Fehlleistung ersten Ranges.

Unter ökologischen Gesichtspunkten kommt hinzu, daß bislang für Umweltschutz vorgesehene Programme für alle möglichen weiteren Verwendungen umgewidmet wurden und damit dem Ziel des ökologischen Strukturwandels teilweise entzogen wurden.

Diese Politik ist umso unverständlicher, als gerade die Umweltteile des "Aufschwung Ost"-Programms überaus erfolgreich war. Mehr als die Hälfte der eingereichten Anträge konnte gar nicht berücksichtigt werden. Die Antwort auf unsere Frage, wie die hier bewältigten Aufgaben nun weitergeführt werden sollen, ist die Bundesregierung schuldig geblieben. Nebulös sind auch die Aussagen über den Verbleib der 15.000 Arbeitsplätze, die noch 1992 über die Umweltschutz-Sofortmaßnahmen im Rahmen des "Aufschwung Ost"-Programms gesichert werden konnten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,60 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



Besonders unbefriedigend vor dem Hintergrund der knappen Haushaltsmittel ist die ausgebliebene Erfolgskontrolle. Die Bundesregierung gibt keine Antwort auf die Frage, wo denn letztendes die Fördermittel wirksam geworden sind und wo letztendes die notwendigen Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen wurden - ob in den neuen oder in den alten Bundesländern. Förderprogramme Ost sollten von ihrer Zielsetzung doch wohl in den neuen Ländern beschäftigungswirksam werden. Tatsache ist jedoch, daß 1992 die Nachfrage nach Umweltgütern in den neuen Ländern um rund 35 Prozent gestiegen ist, die Produktion umweltrelevanter Güter in den neuen Bundesländern dagegen nur um zehn Prozent.

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Nachfrageausfalls bietet die ökologische Modernisierung die Chance, gezielt Zukunftsmärkte zu erschließen. Der Investitionsbedarf für den Umweltschutz ist riesig. Für die nächsten sechs bis acht Jahre schätzt ihn die Bundesregierung auf über 170 Milliarden DM - Investitionen in Energieversorgung und Einsparung und Renaturierung noch nicht eingerechnet.

In den alten Bundesländern wurden in einem rund doppelt so langen Zeitraum rund 190 Milliarden DM in den Umweltschutz investiert - dies zeigt den Nachholbedarf in den neuen Ländern und die Versäumnisse der Bundesregierung. Sie ist nicht bereit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Kampf gegen die ökologischen Gefahren zu verbinden.

(-/19. November 1993/rs/ka)

DOKUMENTATION

Sich einmischen, nicht wegschauen

Der SPD-Parteitag in Wiesbaden hat in einer Resolution zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgerufen. Der Wortlaut:

I.

"Sich einmischen statt wegschauen: Demokratie und Menschenrechte schützen, Gewalt widerstehen - gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit."

- So haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor einem Jahr unserer Entschlossenheit Ausdruck gegeben, Rechtsextremismus, Terror gegen Minderheiten, Verletzungen der Menschenwürde, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt auf keinen Fall zu dulden.

Heute bekräftigen wir diese Entschlossenheit.

Wir sehen jedoch zugleich, daß Appelle allein nicht ausreichen:

- Rechtsextremistische Hetzer treten die Menschenwürde von Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe täglich mit Füßen und stempeln Minderheiten zu Sündenböcken, um Unsicherheit, Blindungslosigkeit und Modernisierungängste für ihre politischen Zwecke ausbeuten zu können;
- Rechtslastige Intellektuelle und Politiker setzen ungeniert ihre Versuche fort, deutsche Geschichte umzuschreiben, Täter in Opfer umzudefinieren und so dem Holocaust seine einzigartige Bedeutung zu nehmen. Sie wollen 'endlich einen Schlußstrich ziehen' und damit zugleich vergessen machen, daß gerade bei uns in Deutschland, wo Auschwitz möglich war, aktives Eintreten für Minderheiten, für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde, sowie staatliches und bürgerschaftliches Engagement gegen alle Ansätze von Ungleichs-

ideologien, Rassenwahn und ethnisch-völkischer Fundierung unserer staatlichen Ordnung grundlegende Bedeutung für unsere Zukunft und unser aller Zusammenleben zukommt.

- Rechtsextremistisch motivierte Gewalt gehört immer noch zum Alltag in unseren Städten. Menschen anderer Hautfarbe und Herkunft werden ermordet, überfallen und zusammengeschlagen, jüdische Erinnerungstätten und Friedhöfe werden verschmiert und geschändet, Asylbewerberheime angezündet.

Die Gewalttäter, häufig junge und verführte, bindungs- und orientierungslose Jugendliche, werden immer jünger. Organisierte Gruppierungen gewinnen an Einfluß.

Schnelles und angemessenes Einschreiten und wirksame Strafen sind trotz erheblicher Verbesserungen im Handeln und in der Zusammenarbeit von Ordnungsbehörden, Polizei und Justiz noch immer nicht zufriedenstellend. Hier sind Verbesserungen nötig. Auch der Schutz der gefährdeten Minderheiten vor solchen Gewalttaten genügt noch nicht. Das Gefühl der Unsicherheit, aus dem heraus dann ebenso verständliche wie gefährliche Aufrufe zu kollektiver Gegenwehr entstehen, greift um sich.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erinnern an die Worte von Willy Brandt:

"Wo immer schweres Leid über die Menschen gebracht wird, geht es uns alle an. Vergesse nicht, wer Unrecht lange geschehen läßt, bahnt dem nächsten den Weg."

Entschlossenes Handeln des Staates auf allen Ebenen und sichtbares, spürbares bürgerschaftliches Engagement sind nötig.

Nur so kann auch der Schaden behoben werden, den diese Gewalttäter und ihre geistigen Hintermänner der Bundesrepublik Deutschland im Ausland bereits zugefügt haben.

ff.

Appelle, Demonstrationen guten Willens und Lichterketten allein reichen heute nicht mehr aus.

Weitere konkrete Schritte sind nötig, um Gewalt und Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen, ihnen den durch Bindungslosigkeit und Entsolidarisierung, durch Unsicherheit und Modernisierungsängste begünstigten Nährboden zu entziehen und die Bindung an Werte wie Toleranz, Mitmenschlichkeit, Demokratie, Menschenwürde und Verantwortung füreinander wieder zu stärken.

1. Auf Bundesebene muß endlich wieder eine Politik gemacht werden, die auch bei der Durchsetzung der notwendigen Sparmaßnahmen und bei den zwangsläufigen Eingriffen in liebgewordene Besitzstände der weiteren Spaltung in unserer Gesellschaft entgegenwirkt, die Ausgrenzung und Randgruppenbildung vermeidet, Probleme transparent macht und solidarisch anpackt, anstelle Ängste und Wut politikverdrossener Bürger auf Minderheiten als Sündenböcke abzuleiten.

In diesem Zusammenhang muß endlich auch die längst überfällige Ergänzung unseres einseitig auf Abstammung ausgerichteten Staatsbürgerschaftsrechtes durch das Territorialprinzip, sowie die Verankerung von Einbürgerungsrechten unter Hinnahme von Doppelstaatsangehörigkeit durchgesetzt werden. Auch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für die ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland wollen wir endlich erreichen.

2. Bund, Länder und Gemeinden, Medien, Parteien, Kirchen und alle demokratischen gesellschaftlichen Organisationen müssen ihre Anstrengungen "Wider das Vergessen" verstärken.

Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Medien müssen stärker als bisher durch sachgerechte und angemessene Informationen und die Darstellung unserer Geschichte - gerade auch des Holocaust - dabei mithelfen, jenen Ideologen den Boden zu entziehen, die unsere Geschichte verfälschen und umschreiben wollen.

Wir begrüßen und unterstützen ausdrücklich bürgerschaftliche Initiativen, wie zum Beispiel die "Wider das Vergessen" oder "Erinnern für die Zukunft", wie ermutigen die Bürgerinnen und Bürger, die für ein Holocaust-Museum in der Bundesrepublik Deutschland und Erinnerungsstätten vor Ort eintreten, und fordern alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden auf, solche Initiativen zu unterstützen.

3. Das Eintreten für Menschenwürde, Toleranz, Mitemenschlichkeit, Demokratie und Verantwortung auch für Minderheiten, sowie die Fähigkeit, die Konflikte friedlich austragen zu können, muß da, wo sie verloren zu gehen droht, durch gezieltes Handeln und gemeinsame Anstrengungen vor Ort gefestigt werden. Wir fordern Länder und Gemeinden auf, trotz aller Sparzwänge in ihrem Verantwortungsbereich insbesondere die Mittel für Jugendarbeit, Jugendhäuser und vergleichbare Einrichtungen zu verstärken.

Wir fordern sie auf, Projekte besonders zu unterstützen,

- die Kennenlernen, Umgang und Zusammenleben mit Jugendlichen anderer Hautfarbe, Herkunft und Kultur, sowie mit Flüchtlingen vor Ort in der Gemeinde gezielt fördern, um damit Verständnis für andere Lebensweisen, Kulturkreise und Probleme zu wecken und damit das Zusammenleben bei uns zu verbessern.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- die finanziellen Mittel für den Austausch von Schülern und Schülerinnen, jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Studenten und Studentinnen, sowie Praktikantinnen und Praktikanten über die Grenzen zu verstärken und die Gründung von beziehungsweise die Arbeit der schon bestehenden Jugendwerke gerade mit unseren östlichen Nachbarn gezielt auszuweiten.

Wir fordern Gemeinden, Parteien, Kirchen und die anderen gesellschaftlichen Organisationen auf,

- durch konkrete Projekte das Kennenlernen zwischen den Menschen unterschiedlicher Herkunft zu verbreitern und zu vertiefen, zum Beispiel
- durch Wettbewerbe unter dem Motto "Dem Haß keine Chance" auf Gemeindeebene vorbildliche Initiativen und Projekte auszuzeichnen,
- durch regelmäßige Berichte über "Demokratie und politische Kultur" auf Fortschritte, aber auch auf konkrete Probleme vor Ort hinzuweisen, die dann behoben werden müssen,
- durch regelmäßige gemeinsame Ideenbörsen, Veranstaltungen oder Aktionstage das gegenseitige Kennenlernen und damit das gutnachbarliche Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen vor Ort zu verbessern.

4. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Ortsvereinen und Kreisverbänden, auf Landes- und Bundesebene verpflichten sich, solche Initiativen anzuregen und sich aktiv an ihnen zu beteiligen, sowie die politische Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Ideologien und Gruppierungen vor Ort engagiert und offensiv aufzunehmen.

(-/19. November 1993/rs/ks)
